

BEGLEITTEXT
AUS DER PERSPEKTIVE VON
MICHAEL OAKESHOTT
VERFASST VON MARTIN BECKSTEIN

INHALTSVERZEICHNIS

1. MICHAEL OAKESHOTT ZUR DEMOKRATIE: DEMOKRATIE ALS POLITISCHE ORDNUNG OHNE EIGENE ZIELE	1
2. Michael Oakeshott über Urteilsfindung: Erfahrung und Tradition: Schlüssel zur guten Politik ..	3
3. Was sind zentrale Gründe für Ungleichheit in (westlichen) Demokratien?	7
4. Wie sollten wir mit Ambiguität (Mehrdeutigkeit, Widersprüchlichkeit) und Ambivalenzen im Bereich des Politischen umgehen?.....	8
5. Was prägt unsere Sicht auf die Welt bzw. was prägt unseren Urteilsstandort? Und was gilt es daher im Sinne eines möglichst freien Denkens und Urteilens kritisch in den Blick zu nehmen? 10	
Literatur	12

1. MICHAEL OAKESHOTT ZUR DEMOKRATIE: DEMOKRATIE ALS POLITISCHE ORDNUNG OHNE EIGENE ZIELE

Laut dem britischen Philosophen Michael Oakeshott (1901-1990) zeichnet sich ein guter Staat vor allem dadurch aus, dass er seinen Bürgerinnen und Bürgern einen formellen Ordnungsrahmen bereitstellt. Dieser Rahmen hat eigentlich nur ein Ziel: den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, ihre eigenen Ziele zu definieren und zu verfolgen. Das Modell eines solchen Staates nennt Oakeshott zivilgesellschaftliche Vereinigung (*civil association*).

Dem gegenüber steht ein Staat, der dem Modell einer unternehmerischen Vereinigung (*enterprise association*) folgt. Gleich einem Wirtschaftskonzern, der seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Maximierung des Profits verpflichtet, schreibt dieses Modell seinen Bürgerinnen und Bürgern ein zentral definiertes Ziel vor. Oakeshott lehnt diese Art von Staat ab, da er sie eher als

fremdbestimmte Mittel anstatt als autonome Selbstzwecke behandelt. In Oakeshotts Ansicht sollte ein Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern dienen und nicht umgekehrt.

Der zentrale Wert, der bei Oakeshotts Überlegungen im Hintergrund steht, ist der Wert der individuellen Freiheit und die Frage, wie sie in Zusammenschlüssen zu Kollektiven gewahrt werden kann. In den meisten Bereichen des menschlichen Lebens, argumentiert Oakeshott, ist die individuelle Freiheit durchaus mit dem Modell der unternehmerischen Vereinigung kompatibel, wie etwa im Wirtschaftsleben. Arbeitgeber:innen laden hier andere Menschen zur Mitarbeit an einem von ihnen entwickelten Projekt ein, wofür jene auf einen Teil ihrer selbstbestimmten Freizeit verzichten müssen und für diesen Verzicht entlohnt werden. Arbeitnehmer:innen können sich darauf einlassen oder nicht, und grundsätzlich können sie ihre Meinung jederzeit ändern. Deshalb bleibt ihre Freiheit gewahrt. Es steht ihnen frei, aus der Vereinigung aus- und in eine andere einzutreten.

Und genau das ist im Bereich der Politik anders. Im Unterschied zu Firmen oder Sportvereinen ist die Mitgliedschaft in einem Staat keine freiwillige Angelegenheit. Der Staat hat uns nicht gefragt, ob wir eintreten wollen. Und ohne Weiteres lässt er uns auch meist nicht austreten. Staaten sind gewissermaßen Zwangsvereinigungen. Sie können individuelle Freiheit nur gewährleisten, indem sie ihren Mitgliedern möglichst wenige substanzielle Vorschriften machen.

Dabei spielt es keine Rolle, wie edel das zentral definierte Kollektivziel erscheinen mag. Ob es die Weltherrschaft, die Steigerung des Bruttosozialprodukts, Fortschritt, allgemeines Glück und Gesundheit oder soziale Gerechtigkeit ist: Wenn ein Staat von seinen Bürger:innen Gehorsam einfordert und materielle Opfer wie Steuern zur Erreichung eines solchen Ziels erzwingt, reduziert er sie letztlich auf das, was Aristoteles als Sklaverei bezeichnete: zu belebten Werkzeugen.

Oakeshott plädiert also dafür, dass ein Staat primär ein neutraler Ordnungsrahmen sein sollte, der es seinen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre eigenen Ziele zu definieren und zu verfolgen. Das bedeutet jedoch nicht, dass ein Staat nach Oakeshott keine Steuern erheben, keine Polizei unterhalten, keine Schulpflicht einführen oder kein Einkommen umverteilen dürfte. Im Gegenteil, er sieht es als Aufgabe des Staates an, die formalen Bedingungen von Freiheit zu gewährleisten. Dazu gehört es ebenso, Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen untereinander und äußeren Aggressoren zu schützen, wie zu verhindern, dass sich manche aus finanzieller Not oder mangelnder (Aus-)Bildung in die Selbstversknechtung getrieben werden.

Welche konkreten Maßnahmen zur Gewährleistung der formalen Bedingungen von Freiheit zu ergreifen sind, kann nicht aus dem philosophischen Lehnstuhl heraus definiert werden. Dies ist vielmehr der Gegenstand des öffentlichen Diskurses und der demokratischen Entscheidungsfindung, wobei die Stimmen aller Bürgerinnen und Bürger gehört und berücksichtigt werden sollten.

2. MICHAEL OAKESHOTT ÜBER URTEILSFINDUNG: ERFAHRUNG UND TRADITION: SCHLÜSSEL ZUR GUTEN POLITIK

Politische Theorie und politische Praxis sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Die politische Theorie dient der Analyse und Reflexion der politischen Praxis, sie greift nicht direkt verändernd ein. Sie kann den Handelnden aber durch die Formulierung evaluativer und normativer Schlussfolgerungen Informationsgrundlagen liefern. Das ist die übliche Betrachtungsweise des Verhältnisses. Der britische Philosoph Michael Oakeshott (1901-1990) jedoch sieht eine weitaus größere Kluft zwischen Theorie und Praxis. Sie stellen für ihn nicht nur kategorial unterschiedliche, sondern auch nur sehr begrenzt miteinander in Beziehung stehende Modi der Welterfahrung dar.

Für Oakeshott ist die politische Theorie, oder Philosophie, der Versuch, das Zusammenleben und Zusammenhandeln in Gemeinwesen verständlich zu machen - grundsätzlich und ohne Fokus auf einen bestimmten empirischen Fall. Sie ist Erkenntnisphilosophie. Die politische Theorie kann uns helfen zu verstehen, was Politik ist, wie sie funktioniert, wie sie gelingt und scheitert. Sie ermöglicht jedoch nicht, den Standpunkt einer quasi universellen Moral einzunehmen oder zu simulieren. Sie kann keine allgemeingültigen Maßnahmepakete schnüren oder konkrete Empfehlungen für die Gestaltung einer gerechten Gesellschaftsordnung machen. Wer das dennoch versucht, begeht einen Fehlschluss - die *ignoratio elenchi*, eine Themenverfehlung.

Die politische Praxis ist Politik, ist politisches Handeln. In ihrem Rahmen werden Reformen oder Revolutionen angestoßen, durchgeführt oder verhindert, aber auch konzipiert und bewertet. Der entscheidende Punkt ist, dass die politische Praxis selbst, nicht die politische Theorie, die Handlungsempfehlungen liefert. Sie ist nicht nur der Handlungs-, sondern auch der Erfahrungsraum des konkret Politischen. Die praktischen Erfahrungen sind dem Begehrten und dem Handeln-Müssen geschuldet. Sie lassen sich nicht umgehen und sind nicht frei von normativen Werturteilen. Doch weil sie greifbar, von Interessen geleitet und stets auf konkrete Situationen bezogen sind, haben die gewonnenen Erfahrungen keine universelle Gültigkeit und eine begrenzte Lebensdauer.

Eine wesentliche Schwierigkeit unserer Gesellschaft, so Oakeshott, liegt darin, dass sowohl Theoretiker:innen als auch Praktiker:innen der Politik regelmäßig ihr eigentliches Thema verfehlten. Politische Institutionen werden wie am Reißbrett entworfen, und Reformvorschläge von abstrakten Prinzipien abgeleitet. Die implizierte Vorstellung von guter Politik ähnelt dem Irrglauben, gute Kochkunst zeichne sich durch das akribische Nachkochen von Rezepten aus Kochbüchern aus. Dabei besteht wahre Kochkunst - genau wie gute Politik - darin, vorgegebene Regeln kreativ zu interpretieren und sich bei Bedarf kunstvoll

darüber hinwegzusetzen. Gute Politik, wie die Kochkunst, stützt sich auf praktisches Erfahrungswissen.

Praktisches Erfahrungswissen kann entweder durch eigene Erfahrung erworben oder in Form von Traditionen weitergegeben werden. Beiderlei „Wissens“ besteht häufig nicht den Test rationaler Prüfung. Traditionelles Wissen ähnelt Vorurteilen, während persönliche Erfahrungen von Interessen geleitet und subjektiv sind. Doch Oakeshott folgt hier dem großen Kritiker der progressiven Aufklärungsphilosophie, Edmund Burke, und schlägt eine positivere Konnotation vor, die Vorurteilen als „latente Weisheiten“ begreift. Diese Weisheiten mögen rationalen Standards nicht oder noch nicht entsprechen, aber sie können sich dennoch als vernünftig erweisen und die Zeit überdauern, wenn sie sich als praktikable Lösungen bewähren.

In erster Linie manifestieren sich die latenten Weisheiten in den Institutionen und Gesetzen, die sich über mehrere Generationen hinweg und durch komplexe Verhandlungsprozesse entwickelt und bewahrt haben. Gute Politik schenkt diesem zeitlichen Prüfstein mehr Vertrauen als der kritischen Prüfung Einzelner, die den Status quo anhand ihrer abstrakten Prinzipien bewerten. Dies bedeutet jedoch keineswegs eine Ablehnung von Fortschritt und Reform. Zum einen geraten Verhandlungsprozesse immer wieder ins Stocken und Konflikte haben finden oft nur temporäre oder teilweise Lösungen. Es geht also nicht nur darum, den in den Institutionen sedimentierten Werten und Konfliktlösungen nachzuspüren, sondern auch den impliziten "Andeutungen" einer authentischen Weiterentwicklung. Oakeshott bezeichnet diese Aufgabe als *Pursuit of Intimations*. Zum anderen existieren zwischen den Institutionen und Gesetzen Spannungen und Widersprüche, die nach Harmonisierung verlangen.

Das Beispiel der gleichgeschlechtlichen Ehe veranschaulicht Oakeshotts Denkweise. Üblicherweise rechtfertigt man solche Reformen durch den Rückgriff auf abstrakte Prinzipien wie universelle Menschenrechte. Die etablierte

Institution erscheint dementsprechend als ungerecht und muss durch eine neue, gerechtere ersetzt werden. Dies ist zwar ein nachvollziehbarer Ansatz, doch er enthält Widersprüche, da die Ehe auch nach der Reform eine exklusive Institution bleibt, die sich nur auf binäre partnerschaftliche Beziehungen mit sexueller Komponente beschränkt. Ein konsequenter Rückgriff auf die abstrakten Prinzipien würde daher leicht radikalere Lösungen wie die vollständige Abschaffung der Institution der Ehe nahelegen.

Vom Standpunkt Oakeshotts aus kann man die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare hingegen als eine logische Anpassung der traditionellen Institution der Ehe an gesellschaftliche Entwicklungen betrachten. Die Institution der Ehe, die sich in unserer Gesellschaft über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat, dient unter anderem dazu, dauerhafte, intime Beziehungen zu fördern, wechselseitiges Vertrauen zu stärken, persönliche Sicherheit durch ein System gegenseitiger Betreuung von Jung und Alt zu garantieren und möglicherweise auch Sexualität zu domestizieren.

Über lange Zeiträume hinweg wurde die Ehe implizit auf heterosexuelle Paare ausgerichtet. Doch in den letzten Jahrzehnten haben zahlreiche technologische und soziale Entwicklungen stattgefunden. Fortschritte in der Empfängnisverhütung, verbesserte Qualität von Babynahrung, Veränderungen der Geschlechterrollen und die wissenschaftliche Anerkennung, dass Homosexualität keine Krankheit ist - all diese Faktoren eröffnen neue Möglichkeiten. Sie ermöglichen, dass die Ehe ihre traditionellen Funktionen weiterhin - und womöglich sogar konsequenter - erfüllen kann, wenn sie für gleichgeschlechtliche Partnerschaften geöffnet wird.

Im Sinne Oakeshotts entspringt gute Politik also nicht dem rigiden Festhalten an starren Doktrinen, sondern der sensiblen Fortführung unserer gesellschaftlichen Traditionen, die die Vergangenheit respektiert und gleichzeitig Raum für zukünftige Entwicklungen lässt.

3. WAS SIND ZENTRALE GRÜNDE FÜR UNGLEICHHEIT IN (WESTLICHEN) DEMOKRATIEN?

Menschen sind moralisch gleichwertig und folglich gleich zu berechtigen – aber ungleich in beinahe jeder anderen Hinsicht. Wie verschieden Vermögen und Einkommen, Bildung, Erfahrung, Netzwerke, Talente und Glück auf die Bevölkerung in unseren Demokratien verteilt sind, ist mitunter hart anzusehen. Dennoch ist der Umstand der Ungleichheit grundsätzlich begrüßenswert. Eine von nivellierten Massenmenschen bevölkerte Gesellschaft – eine Gesellschaft ohne das Genie und den Querkopf, ohne die Heldin und den Versager, ohne den Krösus und die in prekären Verhältnissen lebende Künstlerin, ohne den Glückspilz und den Pechvogel – das ist eine abstoßende, dystopische Vision. In einer Demokratie ist Ungleichheit ein besorgniserregendes Faktum und eine wünschenswerte Norm zugleich, denn die Hauptursache von Ungleichheit ist die Freiheit. Nur weil die Menschen in liberalen Demokratien ihre eigenen Ziele definieren und verfolgen dürfen; weil sie Geld frei verdienen, gewinnen, ausgeben und verschenken dürfen; weil sie sich frei mit anderen Menschen verbinden oder sich aus der Gesellschaft entziehen dürfen; nur deshalb können sie einander in so vielen Hinsichten so unähnlich sein.

Dass extreme Ungleichheit die Bürger:innen untereinander entfremden und zu gewaltigen Problemen in der Demokratie führen kann, steht allerdings auch außer Frage. Extremer Reichtum kann zur Unterwanderung des allgemeinverbindlichen Regelwerks des gesellschaftlichen Zusammenschlusses führen. Extreme Armut verunmöglicht den Betroffenen, ein freiheitliches Leben zu führen und eigene Ziele zu verfolgen.

Gegen extreme Ungleichheit muss also etwas gemacht werden, aber man kann nur sehr bedingt an den Ursachen ansetzen (dafür wären ja Beschränkungen der Freiheit nötig). Lösungen müssen also an den Wirkungen ansetzen. Einerseits sind diesbezüglich Mechanismen zur Verhinderung von Machtmissbrauch zu

nennen: von Parteienfinanzierungsgesetzen über die Gewaltentrennung hin bis zum Föderalismus. Andererseits ist es das Bildungswesen und die Sozialstaatlichkeit, mit denen ein Staat darauf hinwirken kann, Armut an ökonomischen und anderen Kapitalien so gut als möglich zu beseitigen.

4. WIE SOLLTEN WIR MIT AMBIGUITÄT (MEHRDEUTIGKEIT, WIDERSPRÜCHLICHKEIT) UND AMBIVALENZEN IM BEREICH DES POLITISCHEN UMGEHEN?

Die Rede von den zwei Modellen, der *enterprise* und der *civil association* könnte suggerieren, es gäbe eine gute und eine schlechte Staatsform. Damit würde man Oakeshott gründlich missverstehen. Er will die beiden Modelle gesellschaftlicher Zusammenschlüsse als Idealtypen verstanden wissen, als theoretische Konstrukte, die man aus einer karikaturhaften Überzeichnung der Wirklichkeit zu Analysezwecken gewinnt. In grober, aber vielleicht doch hilfreicher Vereinfachung, mag man sich die Funktion dieser Idealtypen analog zu den Stimmen des Engelchens und Teufelchens denken, die Comicfiguren zum rechtschaffenen Handeln motivieren bzw. in Versuch führen und sich doch nie vollständig durchsetzen können.

Will eine liberale Demokratie dem Modell der *civil association* entgegenstreben und zugleich mehr als der „Traum einer Logikerin“ (Oakeshott 1975, *On Human Conduct*, 149) sein, dann müssen hie und da eben doch die Eigenschaften einer *enterprise association* aufblitzen. Man muss in Kauf nehmen, gelegentlich instrumentelle Regeln aufzustellen, um Dilemmata kollektiven Handelns zu lösen. Ein aktuelles Beispiel stellt die Umwelt- und Klimaschutzpolitik dar. Oakeshotts Überlegungen auf diesen Fall übertragend ließe sich gewiss sagen, dass hier zu viel für zukünftige Generationen auf dem Spiel steht, als dass man sich auf die

Gewährleistung der formalen Freiheitsbedingungen für gegenwärtig lebende Bürger:innen konzentrieren könnte.

Allgemein gilt, dass man laut Oakeshott mit Ambiguitäten und Ambivalenzen im Bereich des Politischen leben können muss. Statt Schwarz und Weiß gibt es hier notwendig Grautöne. Die Harmonisierung und Abschwächung von Widersprüchlichkeiten im Gesellschaftsleben stellt zwar eine zentrale Aufgabe der Gesetzgebung dar (siehe 6). Doch jegliches Streben nach Perfektion in diesem Bereich, sei es die Realisierung vollkommener Freiheit oder Gerechtigkeit, ist gemäß Oakeshott zum Scheitern verdammt. Kontingenz lässt sich weder theoretisch, noch praktisch in Luft auflösen.

Interessanterweise ist das notwendige Scheitern aus Oakeshotts Sicht gar nicht das größte Laster politischer Reinheitsträume. Vielmehr sind es die unbeabsichtigten Nebenfolgen. Weil sich die Perfektion immer aufs Neue entzieht, sehen sich Perfektionisten zur Radikalisierung gezwungen; um die Hoffnung, das Unerreichbare doch noch zu erreichen, aufrecht erhalten zu können, müssen sie zu immer drastischen Maßnahmen greifen. An der Französischen Revolution lässt sich dieses Drama gut ablesen. Zu Beginn noch reformerisch, ja restauratisch gesinnt, wollten sie eigentlich nur bereits kodifizierte Reglungen aktualisieren und wieder Geltung verschaffen (die Generalstände). Sie griffen zur Gewalt, weil ihre Forderungen unerhört blieben. Zusätzlich aber ließen sich einige vom Virus des „Rationalismus in der Politik“ (siehe 6.) infizieren. Sie begannen wie Voltaire zu glauben, dass man zuerst alle bestehenden Gesetze verbrennen, um gute erhalten zu können. Andernfalls müsse die Staatsordnung ja das unreine Resultat z.T. jahrhundertelanger Aushandlungsprozesse bleiben. Wer sich dem Kompromiss (der für alle Seiten ja immer ein Stück weit kompromittierend ist) verweigert, so Oakeshott, muss den Konsens durch *Terreur* erzwingen.

5. WAS PRÄGT UNSERE SICHT AUF DIE WELT BZW. WAS PRÄGT UNSEREN URTEILSSTANDORT? UND WAS GILT ES DAHER IM SINNE EINES MÖGLICHST FREIEN DENKENS UND URTEILENS KRITISCH IN DEN BLICK ZU NEHMEN?

Politischer Perfektionismus scheitert gleich doppelt: an der praktischen Wirklichkeit und an der Theorie. Dies zu unterstreichen ist wichtig, denn für Oakeshott sind Theorie und Praxis zwei nicht nur kategorial unterschiedliche, sondern nur sehr bedingt aufeinander beziehbare Modi der Welterfahrung.

Politische Theorie (bzw. Philosophie) ist für ihn der Versuch, das Zusammenleben und Zusammenhandeln in Gemeinwesen verständlich zu machen; grundsätzlich und ohne den Blick auf irgendeinen bestimmten empirischen Fall. Sie ist Erkenntnisphilosophie. Politische Theorie ist kompetent, sich zu den formalen Bedingungen von Politik zu äußern, aber inkompetent konkrete Maßnahmepakete zu schnüren. Wer meine, politische Philosophie erlaube es, den archimedischen Standpunkt einer quasi universellen Moral einzunehmen oder zumindest zu simulieren, um Empfehlungen für die Ausgestaltung einer gerechten Gesellschaftsordnung zu unterbreiten, begeht laut Oakeshott den Fehlschluss der *ignoratio elenchi*; ihr oder ihm unterläuft eine Themenverfehlung.

Politische Praxis ist Politik, ist politisches Handeln, im Rahmen dessen Reformen oder Revolutionen angestoßen, durchgeführt oder verhindert, aber auch erdacht und beurteilt werden. Und dass die politische Praxis selbst (anstatt der politischen Theorie) die Handlungsempfehlungen generiert, ist der entscheidende Punkt: politische Praxis ist nicht nur der Handlungs-, sondern auch der Erfahrungsraum des konkret Politischen. Die praktischen Erfahrungen schulden sich dem Begehrten und dem Handeln-Müssen. Um sie führt ebenso wenig ein Weg vorbei, wie sie normative Werturteile umgehen könnten; aber weil sie handfest, interessensbezogen und stets auf konkrete Situationen bezogen

sind, haben die gewonnenen Erfahrungen keine universelle Gültigkeit und eine stark begrenzte Halbwertszeit.

LITERATUR

Beckstein, Martin (2019) "Political conservation, or how to prevent institutional decay." *Constellations* 26/4, 623-637.

Henkel, Michael und Oliver W. Lembcke, Hrsg. (2013) Praxis und Politik – Michael Oakeshott im Dialog. Tübingen: Mohr Siebeck.

Johnson, N. (1985) „Die politische Philosophie Michael Oakeshotts“, in Zeitschrift für Politik 32/4, 347–374.

Norris, A. (2016) 'Michael Oakeshott and the Postulates of Individuality' *Political Theory* 45/6: 824–852.

Oakeshott, M. (2015) *Experience and its Modes*. Cambridge: Cambridge University Press.

Oakeshott, M. (1996). The politics of faith and the politics of scepticism. New Haven, CT: Yale University Press.

Oakeshott, Michael (1991). *Rationalism in Politics and Other Essays*. London: Methuen

Oakeshott, Michael (1975). *On Human Conduct*. Oxford: Clarendon Press.

Trimcev, Eno (2019) Conservative Theory as Sympathetic Dissent: The Example of Michael Oakeshott. *Journal of Political Ideologies* 24/3, 275–294.